

**12**  
**83**

# Union in Deutschland

Bonn, den 24. März 1983

31. Bundesparteitag  
25. bis 27. Mai in Köln

## Grundsätze der Koalition gebilligt

Der Bundesvorstand der CDU hat am Mittwoch, 23. März 1983, das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP einmütig gebilligt. Der Vorstand dankte der Verhandlungskommission, der unter der Führung des Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Heiner Geißler sowie der stellvertretende Vorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, angehörten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am Mittwochabend die Koalitionsvereinbarungen ebenfalls ausführlich diskutiert und bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Bundesvorstand beschloß, den 31. Bundesparteitag der CDU für den 25. bis 27. Mai 1983 nach Köln einzuberufen. Tagungsort wird das Kongreßzentrum West auf dem Messegelände sein. Gemäß den Statu-

(Fortsetzung Seite 2)

### ■ BUNDES- REGIERUNG

Franz Josef Strauß bleibt Ministerpräsident Seite 3

### ■ FINANZEN

EWS-Leitkurs: Aus deutscher Sicht ein positiver Kompromiß Seite 4

### ■ EUROPA

Helmut Kohl: Wir müssen die Gemeinschaft festigen Seite 5

### ■ BUNDESWEHR

Bericht des Wehrbeauftragten: Schwächen bei Inneren Führung Seite 7

### ■ VOLKSZÄHLUNG

Eine Verschiebung würde Verluste in Milliardenhöhe bedeuten Seite 11

### ■ EXIL-CDU

Zum wirklichen Frieden gehört auch Deutschland als Ganzes Seite 13

### ■ RCDS

Änderung zur BAFÖG-Novellierung beschlossen Seite 14

### ■ DOKUMENTATION

Wortlaut der Koalitionsvereinbarungen grüner Teil

## **Alfred Dregger wieder Vorsitzender der Bundestagsfraktion**

Der bisherige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Alfred Dregger, wurde in der Fraktionssitzung am Mittwoch, 23. März 1983, als Fraktionsvorsitzender wiedergewählt.

**Abgegebene Stimmen: 244**

**Mit Ja stimmten: 205; mit Nein: 26; Enthaltungen: 11; ungültige Stimmen: 2;**

Der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Wolfgang Schäuble, und die beiden Geschäftsführer, Frau Agnes Hürland und Rudolf Seiters, wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt. (Die anderen Mitglieder der Fraktionsführung werden später gewählt.)

## **Rainer Barzel wird Bundestagspräsident**

Die Bundestagsfraktion nominierte einstimmig Rainer Barzel für das Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages, und Richard Stücklen für das Amt eines Vizepräsidenten. (Die Wahl findet am Dienstag, 29. März 1983, statt.)

*(Fortsetzung von Seite 1)*

ten der CDU werden auf diesem Parteitag die Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstandes neu gewählt. Lediglich das Amt des Generalsekretärs steht nicht zur Wahl. Heiner Geißler wurde auf dem Mannheimer Parteitag 1981 für die Dauer

von vier Jahren gewählt. Der Parteitag wird sich außerdem mit den drängenden Fragen der Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere der Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Ausbildungsplätzen sowie der wachsenden Arbeitslosigkeit unter den Jungakademikern widmen. Die Einzelheiten der Tagesordnung des 31. Bundesparteitages werden auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes am Montag, dem 25. April, festgelegt werden.

## **Im Geiste gegenseitigen Vertrauens**

Die von CDU/CSU und FDP bei den Koalitionsverhandlungen getroffenen Vereinbarungen entsprechen dem Wählerauftrag vom 6. März. Sie sind darauf angelegt, über die laufende Legislaturperiode hinaus für eine Konsolidierung von Finanzen und Wirtschaft zu sorgen, erklärte Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz.

Nach Geißlers Worten waren die Koalitionsverhandlungen, die so schnell wie nie zuvor beendet wurden, von gegenseitigem Vertrauen getragen. Im Interesse der Gesundung des Haushalts und des Abbaues der Arbeitslosigkeit hätten die Verhandlungspartner auch eine Reihe von Lasten für die Bürger beschließen müssen.

Der Bundeshaushalt soll nicht durch eine Ausweitung der Neuverschuldung konsolidiert werden. Eine Erhöhung von Steuern und Abgaben sei nicht vorgesehen. Das Steuermehraufkommen von etwa vier Milliarden DM solle den Bürgern voll zurückgegeben werden und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gestärkt werden. Im Bereich der steuerlichen Maßnahmen sollten auch die Familien entlastet werden. Die Kriegsopferversorgung sei bei den notwendigen Einsparungen ausdrücklich ausgenommen worden.

**(siehe grüner Teil)**

## Franz Josef Strauß bleibt Ministerpräsident in Bayern

**Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bleibt Ministerpräsident in Bayern. Dieser Entschluß ist in folgender Erklärung des CSU-Vorstandes enthalten:**

Der Landesvorstand der CSU hat das Ergebnis der Verhandlungen zur Gestaltung des Sachprogramms und zur Besetzung des Bundeskabinetts einstimmig gebilligt und der Verhandlungsdelegation unter Führung des CSU-Vorsitzenden Ministerpräsident Franz Josef Strauß Vertrauen und Dank ausgesprochen. Das Verhandlungsergebnis gewährleistet ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen CDU und CSU zur Meisterung der anstehenden Probleme und ist eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit der FDP. Bundeskanzler Helmut Kohl hat der CSU bei der Behandlung der Besetzung der Ministerien angeboten, mit fünf Ministern, Franz Josef Strauß und die Position des Stellvertreters des Bundeskanzlers mit einberechnet, oder mit fünf Ministern ohne Franz Josef Strauß und ohne die Position des Stellvertreters des Bundeskanzlers, im Bundeskabinett vertreten zu sein. Bundeskanzler Helmut Kohl wollte in jedem Fall der CSU das Landwirtschaftsministerium anvertrauen. Dies hätte bei der Annahme eines Kabinettspostens durch Franz Josef Strauß das Ausscheiden eines amtierenden Ministers der CSU bedeutet.

Franz Josef Strauß hat dem Bundeskanzler für dieses Angebot gedankt und ihm mitgeteilt, daß das hervorragende Verhandlungsergebnis in der Sache und im personellen Bereich es ihm erlaube, auf einen Eintritt in die Bundesregierung zu verzichten. Das Angebot sei ehrenwert, er lehne es jedoch ab, weil er keinen amtierenden CSU-Kollegen verdrängen wolle und weil in der Gestaltung des personellen Programms und in der sachlichen Zusammenarbeit ein voll zufriedenstellendes Ergebnis erreicht worden sei.

Der CSU-Landesvorstand bedauert, daß die Beibehaltung des Amtes des Bundestagspräsidenten für die CSU aufgrund der gegebenen Verhältnisse nicht durchsetzbar war. Der Vorstand dankt Bundestagspräsident Richard Stücklen für seine Amtsführung und bittet ihn, sich auch künftig für die Arbeit im Präsidium des Bundestages zur Verfügung zu stellen.

### **SPD-Fraktion: Riß nur mühsam verkleistert**

In einer ersten Stellungnahme zu den Wahlen der Stellvertreter des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters: Für den neuen Elan der SPD-Bun-

destagsfraktion und das von Hans-Jochen Vogel ständig beschworene Gemeinschaftsgefühl ist kennzeichnend, daß Vogel seine Vorschläge im Fraktionsvorstand nicht und in der Fraktion nur unter der Androhung politischer Folgen hat durchsetzen können. Der durch die Fraktion gehende Riß ist durch das Wahlergebnis nur mühsam verkleistert worden.

## ■ FINANZEN

### **EWS-Leitkurs: Aus deutscher Sicht ein positiver Kompromiß**

**Die zuständigen Minister der Europäischen Gemeinschaft haben in Anwesenheit der Zentralbankpräsidenten und der EG-Kommission am 21. März 1983 in Brüssel eine Neuordnung der Leitkurse im europäischen Währungssystem beschlossen. Die Einigung über die Neufestsetzung der Kurse kam nach mehrtägigen Verhandlungen zustande. Sie stellt einen Ausgleich der Interessen der verschiedenen Teilnehmerländer dar, stellt Bundesminister Gerhard Stoltenberg fest.**

**B**undesregierung und Bundesbank stimmen darin überein, daß der gefundene Kompromiß aus deutscher und europäischer Sicht insgesamt positiv zu bewerten ist. Für die deutsche Wirtschaft ist es besonders wichtig, daß jetzt wieder sichere Kalkulationsgrundlagen bestehen und daß der freie Waren- und Leistungsverkehr im Gemeinsamen Markt erhalten worden ist. Der sich abzeichnende binnenwirtschaftliche Aufschwung wird nach übereinstimmendem Urteil von Bundesregierung und Bundesbank durch die Aufwertung nicht gefährdet.

Die Leitkursanpassung diene der Überbrückung von Divergenzen in der Wirtschafts- und Währungsentwicklung der Teilnehmerländer. Insbesondere bei den Preisen und Kosten hatte sich ein Gefälle zugunsten der Bundesrepublik herausgebildet. Während in der Bundesrepublik beispielsweise die Verbraucherpreise in den letzten sechs Monaten um 3,7 Prozent stiegen, erhöhten sie sich in Italien um 16,2 Prozent, in Irland um 12,3 Prozent

und in Frankreich um 9,7 Prozent. Die mit Handelsanteilen gewichtete Aufwertung der D-Mark um rund 5,5 Prozent gegenüber den EWS-Partnern trägt dem Wettbewerbsvorsprung der Bundesrepublik Rechnung, der sich seit der letzten Leitkursanpassung von mehr als 9 Monaten durch den relativ hohen Grad an Preis- und Kostenstabilität bei uns herausgebildet hatte. Nachteilige Wirkungen der D-Mark-Aufwertung auf unsere Exportwirtschaft sind deshalb insbesondere auf Dauer nicht zu erwarten. Als positiv für den Außenhandel dürfte sich vielmehr erweisen, daß mit den Leitkursänderungen der Gefahr einer Verstärkung von protektionistischen Tendenzen anderer Staaten entgegengewirkt wurde.

Die D-Mark-Aufwertung unterstützt auch die Bemühungen um mehr Preisstabilität in der Bundesrepublik, die eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist. Sie erleichtert insbesondere auch die Bemühungen der Bundesbank um eine wachstums- und stabilitätsgerechte Geld- und Zinspolitik. Durch die Neuordnung der Leitkurse konnte der Zusammenhalt der EWS unter schwierigen Umständen gewahrt werden.

Zu der vom Zentralbankrat beschlossenen Senkung des Diskontsatzes von 5 auf 4 Prozent und des Lombardsatzes von 6 auf 5 Prozent erklärte Gerhard Stoltenberg, die Bundesbank setze mit diesem Beschluß ihre Politik einer konsequenten Ausnutzung von Zinssenkungsspielräumen fort und trage damit dazu bei, die Voraussetzungen für den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung weiter zu verbessern.

Die Geldpolitik könne jedoch die vor uns liegende Aufgabe, die wirtschaftliche Gesamtsituation zu verbessern, nicht allein bewältigen. Sie müsse vielmehr durch eine konsequente Fortsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie durch eine verantwortungsbewußte Lohn- und Preispolitik unterstützt werden.

## ■ EUROPA

# Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir müssen die Gemeinschaft festigen

**Wir haben eine lange Themenliste vor uns. Sie zeigt den Umfang der Schwierigkeiten, mit denen unsere Regierungen und vor allem auch unsere Bevölkerungen konfrontiert sind. Sie ist Ausdruck der Sorge der Menschen in unseren Ländern, aber ebenso auch Ausdruck ihrer Hoffnungen und Erwartungen in unsere Arbeit und darin, daß wir es zusammen besser schaffen, als bliebe jeder auf sich allein gestellt. Dies erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl zu Beginn seiner Rede, die er zur Eröffnung des Europäischen Rates in Brüssel hielt, dessen Präsident im ersten Halbjahr 1983 turnusmäßig der deutsche Bundeskanzler ist. Er machte u. a. folgende Ausführungen:**

In dieser Liste spiegeln sich die Sorgen um den Arbeitsplatz, um die Zukunft der eigenen Kinder wider, auch die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen Ost und West fortentwickeln werden, wie es also mit der Festigung des Friedens bestellt ist. Ich verspüre bei mir zu Hause auch viel Besorgnis um die Erhaltung unserer natürlichen Umwelt.

Wir, die wir für die Politik unserer Länder verantwortlich sind, stehen vor der Frage: Trägt unsere Einsicht weit genug, nicht nur die Notwendigkeiten des Tages zu erkennen, sondern auch das, was unser Schicksal als Europäer, als Angehörige freier demokratischer Staaten für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus bestimmen wird?

Wir sollten sie ernst nehmen, nicht nur deshalb, weil sie für die künftige Arbeit und für die Stellung des Europäischen Parlaments sehr wichtig ist. Sie ist vielmehr für Europa insgesamt wichtig und für die Unterstützung, die eine europäorientierte Politik in der Öffentlichkeit braucht — sie könnte sogar entscheidend dafür sein.

Unsere Gemeinschaft braucht einen kräftigen, neuen, politischen Anstoß. Wir wissen dies, und wir wollen diesen Anstoß auch geben. Wir wollen eine starke Gemeinschaft, weil wir nur miteinander unserer internen Schwierigkeiten Herr werden können. Wir brauchen eine starke Gemeinschaft, weil wir nur so in der Welt bestehen können:

als Verbündete, Partner und Freunde im transatlantischen Verhältnis:

als Verhandlungspartner in den vielfältigen internationalen Beziehungen, in die wir eng eingebunden sind;

als ernst zu nehmende Kraft der Solidarität, des Friedens und der Freiheit in Gesamteuropa und weltweit.

Und ich füge hinzu: auch als ein Ort in der Welt, in dem neue, wegweisende Gedanken gedacht und in Werken der Kultur, der Forschung, der Technologie, aber auch in Formen des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens ihren Ausdruck finden.

Unser Wohlergehen und unsere Sicherheit beruhen sehr maßgeblich auf unseren eigenen Anstrengungen. Selbstverständlich sind dabei die Beziehungen zu den Verei-

nigten Staaten von Amerika, sind die transatlantischen Beziehungen von zentraler Bedeutung.

Die Europäische Gemeinschaft hat eine hohe Verantwortung für das Funktionieren der Weltwirtschaft, des Welthandels, der weltweiten Geldmärkte. Wir können heute erste Anzeichen dafür erkennen, daß es wirtschaftlich wieder aufwärts geht. Wir sind aber noch weit davon entfernt, die Krise überwunden zu haben. Es ist deshalb sehr wichtig, daß wir auf diesem Europäischen Rat und im Anschluß an unsere Beratungen in Kopenhagen und mit dem Blick auf den Wirtschaftsgipfel von Williamsburg für unsere Bevölkerungen ein klares Zeichen des Vertrauens setzen.

Dabei sollte unser spezifisch europäischer Beitrag sein: Wir messen dem Grundsatz der gegenseitigen Rücksichtnahme bei unseren nationalen Maßnahmen und damit der Gemeinschaftssolidarität hohe Priorität bei. Wir bleiben mit aller Kraft bemüht, möglichst gleichgerichtet vorzugehen und uns in unseren Wirtschaftspolitiken aufeinander zuzubewegen.

Was den flankierenden und ergänzenden Beitrag der Gemeinschaft betrifft, so sollten wir die in Kopenhagen beschlossenen Maßnahmen mit der vollen politischen Autorität unseres Rates fördern mit dem Ziel, die notwendigen Beschlüsse bis spätestens zum Europäischen Rat in Stuttgart zu fassen. Dies gilt im besonderen für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherung eines freien, offenen Binnenmarktes.

Überaus wichtig bleibt es, die kontinentale Dimension Europas in Forschung und Technologie zu nutzen. Wenn wir uns zu einer zukunftsweisenden Wirtschafts- und Strukturpolitik bekennen, müssen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Koordinierung in Forschung und Technologie in Europa fördern. In diesem Zusammenhang ist es unverzichtbar, daß

wir in der Frage der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen endlich vorankommen.

Ich würde es darüber hinaus sehr begrüßen, wenn dieser Europäische Rat einen zusätzlichen politischen Anstoß für die Behandlung der besorgniserregenden Umweltschäden in unseren Wäldern geben könnte. Der Umfang der bereits eingetretenen Schäden ist dramatisch, und sie nehmen täglich zu. Die Unruhe, die dies bei unserer Bevölkerung ausgelöst hat, ist eine Unruhe, die weit über den eigentlichen Anlaß hinausreicht.

Es geht nicht nur um die Grenzen des Wachstums, schon gar nicht darum, ob wir aus der modernen Industriegesellschaft aussteigen sollen, sondern darum, ob eine freiheitliche organisierte, moderne Wirtschaft die Schäden, die sie in der Umwelt anrichtet, vernünftig begrenzen kann.

In der überaus schwierigen Frage des Gemeinschaftshaushalts werden wir konsensfähige Lösungen anstreben müssen. Dies wird nur gelingen, wenn wir uns gleichermaßen an den Grundsätzen der Haushaltsdisziplin bei sehr begrenzten Mitteln orientieren, die wichtigen Gemeinschaftsaufgaben einbeziehen und eine ausgewogene Lastenverteilung erreichen.

Wir müssen das Gewicht der nationalen Interessen erkennen und anerkennen. Wir müssen aber wieder stärker berücksichtigen, daß es ein gesamteuropäisches Interesse gibt, über die Partikularinteressen hinaus. Zu diesem Gesamtinteresse gehört vorrangig unser gemeinsames Interesse an der Festigung des Friedens, an der Sicherung unserer Freiheit.

Ich glaube, wir haben keine Wahl: Wir müssen den Zusammenhalt in der Gemeinschaft festigen. Was wir brauchen, ist die Kraft, die europäischen Notwendigkeiten zu praktischer Politik werden zu lassen. Ich bin zuversichtlich, daß uns dies gelingen wird.

## ■ BUNDESWEHR

# Bericht des Wehrbeauftragten: Schwächen bei der Inneren Führung

**Der Jahresbericht 1982 des Wehrbeauftragten lenkt den Blick auf Entwicklungen und Vorgänge in den Streitkräften, die eine kritische Betrachtung verdienen, erklärte MdB Willi Weiskirch, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.**

Die gründlichen Ausführungen, die der Wehrbeauftragte über das Spannungsfeld zwischen Grundwehrdienst und zivilberuflicher Tätigkeit beziehungsweise Ausbildung macht, müssen nachdenklich stimmen. Nicht immer lassen sich beide problemlos miteinander verbinden. Der Wehrbeauftragte informiert und zeigt Wege auf, welche Anstrengungen die Bundeswehr unternehmen sollte, um die wehrdienstbedingten Unsicherheiten junger Menschen hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft abzubauen. Sein Appell an die soziale Verantwortung muß ernst genommen werden. Erfreulicherweise hat die neue Bundesregierung bereits in den ersten Monaten gezeigt, daß sie durch eine flexible Handhabung der Einberufungen zu mehr Wehrgerechtigkeit gelangen will. Der Bundesminister der Verteidigung sollte angesichts der großen Jugendarbeitslosigkeit und der Sorge vieler junger Menschen um Arbeits- und Ausbildungsplatz gerade dieser Frage auch in Zukunft seine verstärkte Aufmerksamkeit widmen und vor allen Dingen dienstwilligen arbeitslosen jungen Männern den raschen Eintritt in die Streitkräfte ermöglichen.

Auch für das vergangene Jahr muß der

Wehrbeauftragte wieder Grundrechtsverletzungen und Verletzungen der Grundsätze der Inneren Führung durch Wort und Tat feststellen. Zu Recht beklagt er Beispiele fehlenden Vertrauens zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Ursache hierfür sind nach seinen Feststellungen unter anderem unzulässige Einflußnahmen auf Untergebene, Mißbrauch der Befehlsmacht, kränkende und einschüchternde Behandlung, fehlerhaftes Führungsverhalten bei Vorliegen von Beschwerden und anderes mehr. Hier zeigen sich ernsthafte Auswirkungen von Ausbildungsmängeln. Auch wenn solche Mißstände nicht den Alltag in der Truppe bestimmen, muß dennoch alles getan werden, um ihnen entgegenzuwirken.

Es ist richtig, daß der Wehrbeauftragte Mängel in der Ausbildung zum Offizier ausführlich darstellt. Die von ihm zusammengetragenen kritischen Gesichtspunkte sprechen eine deutliche Sprache. Auffallend ist, daß es seit Bestehen des Ausbildungskonzeptes (militärische Ausbildung plus Studium) nicht gelungen ist, militärische und wissenschaftliche Ausbildung in Gleichklang zu bringen. Beide Ausbildungen entsprechen den Erfordernissen moderner Streitkräfte. Dem Wehrbeauftragten ist daher zuzustimmen, wenn er feststellt, daß das Verhältnis von wissenschaftlicher und militärischer Ausbildung ausgewogen sein muß. Die neue Bundesregierung wird diesen Ausgleich schaffen; die Bestandsaufnahme des Bundesministers der Verteidigung dient diesem Ziel.

Mit Recht beanstandet der Wehrbeauftragte, daß Vorgesetzte in aller Regel bei der Behandlung sogenannter „Totalverweigerer“ in der Truppe allein gelassen sind. Diese „Totalverweigerer“ sind eine schwere Belastung für die jeweilige Einheit. Einheitsführer haben jedoch nur beschränkte Möglichkeiten, wirklich angemessen zu reagieren. Darüber hinaus aber fordert die widerrechtliche Verweigerung den Rechtsstaat heraus; dieser Herausforderung muß er sich mit allen seinen Organen stellen. Der Bundesminister der Verteidigung sollte für seinen Bereich die notwendigen Hilfen für eine einheitliche Handhabung derartiger Fälle geben; sie sollen helfen, sowohl die Rechtsordnung angemessen durchzusetzen als auch Truppenvorgesetzte von unzumutbaren Belastungen bei der Durchführung ihres Auftrages freizustellen. Schließlich ist es ein rechtspolitisches Anliegen, daß strafgerichtliche Verfahren in solchen Fällen zu einem schnellen Abschluß finden.

Zusammenfassend ist zu sagen: Eine große Zahl der im Jahresbericht 1982 behandelten Themen verdeutlicht, daß eine Fülle gesellschaftlicher Probleme Eingang auch in die Streitkräfte gefunden hat und von dort besondere Antworten verlangt. Der Wehrbeauftragte lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Schwächen beim Vollzug der Inneren Führung. Sie sind jedoch mit einem von der Notwendigkeit unserer Verteidigungsanstrengung getragenen Konsens behebbar; dazu ist der Bericht des Wehrbeauftragten auch in diesem Jahr eine wichtige und unerläßliche Hilfe.

Es wird nun die Aufgabe des Parlaments und insbesondere des Verteidigungsausschusses sein, die Anmahnungen des Wehrbeauftragten sorgfältig zu prüfen und darauf zu drängen, daß festgestellte Mängel und Mißstände durch den Bundesminister der Verteidigung rasch und gründlich behoben werden.

## Die Freiheit hat Anspruch auf Verteidigung

**Der rheinland-pfälzische Regierungschef Bernhard Vogel erwägt, die Friedenserziehung in den Schulen zum Thema der Ministerpräsidentenkonferenz zu machen. Vogel erklärte, die Entwicklung, die sich nach dem parteipolitischen Streit zwischen CDU/CSU- und SPD-regierten Bundesländern in der Konferenz der Kultusminister abzeichne, müsse gestoppt werden. „Ich halte das Thema für zu wichtig, und ich halte eine Grenzlinie durch die Bundesrepublik in dieser Frage für zu gefährlich.“**

Der niedersächsische Kultusminister Oschatz kündigte an, die CDU/CSU-regierten Bundesländer wollten einen neuen Anlauf nehmen, um in der Kultusministerkonferenz zu einer Einigung zu kommen. Er rechnet jedoch nicht damit, daß die neue Vorlage der CDU/CSU schon in der nächsten Sitzung im April eingebracht werden kann.

In diesem Zusammenhang erklärte Willi Weiskirch, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der mißglückte Versuch der Konferenz der Kultusminister, eine gemeinsame Erklärung über „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“ zu verabschieden, darf nicht als Bagateltsache verharmlost werden. Man muß vielmehr dem Deutschen Lehrerverband beipflichten, der in diesem Zusammenhang von einem „staatsbürgerlichen Skandal“ sprach — und zwar deshalb, weil sich die Minister der SPD-geführten Bundesländer nicht dazu durchringen konnten, „die freiheitliche Ordnung unserer Republik als hohes verteidigungswürdiges Gut hinzustellen“.

## ■ INFORMATIONEN

### Zahl der CDU-Mitglieder wächst stetig weiter

Die Bereitschaft der Mitbürger, sich in der CDU politisch zu engagieren, wird immer stärker. Am 28. Februar 1983 hatte die Christlich Demokratische Union Deutschlands 722661 Mitglieder. Das sind 2823 mehr als im Vormonat. Im Januar hatte die CDU einen bereinigten Zuwachs — das heißt neue Mitglieder nach Abzug der Abgänge — von 949 Mitgliedern. Mit 38,4 Prozent ist der Anteil der Arbeiter und Angestellten in der CDU am höchsten. Es folgen die Selbständigen mit 24 Prozent, die Beamten mit 12 Prozent und die Hausfrauen mit 10 Prozent. Über 21 Prozent der CDU-Mitglieder sind Frauen.

Die stürmische Mitgliederentwicklung der CDU ist auch daran erkennbar, daß der Mitgliederzuwachs im Februar das beste Monatsergebnis seit zwei Jahren ist. Die CDU sieht in dieser erfreulichen Entwicklung den Ausdruck des wachsenden Vertrauens der Bürger in die Politik der Volkspartei CDU unter Führung von Helmut Kohl.

### Zusätzliche Ausbildungsstellen schaffen

Die Bundesanstalt für Arbeit solle bei der Ausbildungsstellenvermittlung die Kenntnisse und Möglichkeiten von Repräsentanten des gesellschaftlichen und politischen Lebens nutzen. In einem Schreiben an den Abgeordneten Klein wies der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, auf diese Vorschrift im Arbeitsförderungsgesetz hin. In diesem Zusammenhang sei auch der Aufruf des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger an die Jugendlichen zu sehen, bei ihrer Ausbildungsplatzsuche

auch die Bundestagsabgeordneten einzuschalten. Dieser Aufruf verstoße nicht gegen das Alleinrecht der Bundesanstalt für Arbeit, Ausbildungsstellenvermittlung und Berufsberatung zu betreiben. Es handle sich um konkrete Hilfen mit dem Ziel, Arbeitsämtern, Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern bei ihren gemeinsamen Bemühungen um die Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsstellen zu unterstützen.

In den letzten Jahren habe es sich gezeigt, daß je nach den örtlichen Verhältnissen Repräsentanten politischer Parteien, Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte und Gemeinden durchaus in der Lage seien, zu einer Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsstellen beizutragen, schrieb Vogt. „Die Bundesregierung hat diese Bemühungen unabhängig davon, welcher politischen Partei die Persönlichkeiten angehörten, immer befürwortet. An dieser Haltung wird sie im Interesse der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, festhalten.“

### Renten: Es besteht kein Grund zur Beunruhigung

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Heinrich Franke, verwies in Bonn darauf, daß die Rentenfinanzen für 1983 sicher seien. Es könne keine Rede davon sein, daß es im Herbst zu einer Liquiditätskrise komme, sagte Franke zu Äußerungen von Helmut Rohde (SPD). Die älteren Menschen hätten keinen Grund, sich über ihre Renten zu beunruhigen. „Die Renten werden wie versprochen pünktlich und in voller Höhe ausbezahlt.“

Die Bundesregierung habe auch vor der Wahl nicht bestritten, daß es für 1984 Handlungsbedarf gebe. „Wir werden die notwendigen Schritte zur Sicherung der Rentenfinanzen frühzeitig anpacken und ein Konzept entwickeln, das den Gleich-

klang der Einkommensentwicklung zwischen Rentnern und Arbeitnehmern sicherstellt.“

Die Bundesregierung werde die Rentner im Gegensatz zur Opposition nicht mit bedrohlichen Ankündigungen und Finanznachrichten „traktieren“, sondern ein Konzept vorlegen, das jedem Rentner beweise, daß die Rentenversicherung bei der Bundesregierung in guten Händen sei. Franke bezeichnete es als unseriös, daß Spekulationen über Koalitionsverhandlungen dazu genutzt würden, bei den älteren Menschen unbegründete Ängste auslösen zu wollen.

## **Berufliche Chancen von Frauen verbessern**

Die beruflichen Chancen von Frauen sollten quantitativ und qualitativ verbessert werden. Um herauszufinden, wie das geschehen kann, hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, jetzt eine Untersuchung in Auftrag gegeben, in deren Rahmen in Zusammenarbeit mit Betrieben gezielte personalpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen von Frauen entwickelt und erprobt werden sollen.

Solche Maßnahmen, die besonders die Einstellung, die Aus- und Weiterbildung und die Beförderung betreffen, werden in anderen Ländern (z. B. USA, Kanada, Großbritannien, Schweden) schon seit Jahren erfolgreich praktiziert. In der Bundesrepublik Deutschland hat bereits eine Reihe von Unternehmen, mit denen der Arbeitsstab Frauenpolitik zahlreiche Gespräche geführt hat, entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Die Untersuchung wird zusammen mit diesen Betrieben durchgeführt; darüber hinaus sollen neue Firmen hinzugewonnen werden, um die empirische Basis für die Untersuchung zu vergrößern. Eine Reihe namhafter deutscher Unternehmen hat bereits Interesse

an einer Mitarbeit an dieser Untersuchung bekundet. Als deren Ergebnis wird dann ein Leitfaden vorgelegt werden, der praktische Hinweise für die Entwicklung und Umsetzung von Frauenförderungsmaßnahmen gibt und als praktischer Ratgeber aufgeschlossenen Betrieben zur Verfügung gestellt wird.

## **Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Zum dritten Mal hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren mit nahezu 20000,— DM dotierten Lokaljournalistenpreis verliehen und gibt hiermit die Preisträger des Jahres 1982 bekannt:

Den 1. Preis (6000,— DM) erhielt die „Mendener Zeitung“ für die Konzeption und Berichterstattung über Ausländer.

Der 2. Preis (4000,— DM) wurde dem „Ahlener Tageblatt“ („Die Glocke“) für die Serie „Zur Integration von Spätaussiedlern in einer münsterländischen Kleinstadt“ zugesprochen.

Der 3. Preis (2500,— DM) wurde an die „Saarbrücker Zeitung“ für eine lokale Reportage über die Strukturkrise im Stahlbereich vergeben.

## **Hauser wieder einstimmig gewählt**

Der Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ein Zusammenschluß von mehr als 100 Abgeordneten der Fraktion, hat sich neu konstituiert. Unter Leitung von Richard Stücklen wurde MdB Hansheinz Hauser (Krefeld) erneut einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. In seinem Dankeswort für diesen Vertrauensbeweis äußerte Hauser die Hoffnung, daß in der vor uns liegenden Legislaturperiode der Mittelstandspolitik im Rahmen der Wirtschaftspolitik endlich der gebührende Rang eingeräumt werde.

## ■ VOLKSZÄHLUNG

# Eine Verschiebung würde Verluste in Milliardenhöhe bedeuten

**Die Bundesregierung hat in der Kabinettsitzung am 9. März 1983 auf Vorschlag von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann zur Volkszählung 1983 folgende Erklärung verabschiedet:**

1. Die Volkszählung 1983 beruht auf einem einstimmig vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz; sie entspricht den weltweit ergangenen Empfehlungen der Vereinten Nationen und ist im Bereich der Europäischen Gemeinschaften durch eine EG-Richtlinie vorgeschrieben. Es ist die vierte Volkszählung seit 1950, sie ist im Kern mit allen vorangegangenen Volkszählungen identisch.

2. Es werden traditionelle Standardfragen nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Wohnsitz, Beruf und Ausbildung gestellt; dabei ist im Unterschied zu 1970 auf sensible Fragen grundsätzlich verzichtet worden (z. B. Einkommen).

3. Es ist völlig ausgeschlossen, daß mit dieser Volkszählung irgendein Personenkennzeichen konstruiert werden soll, auch nicht durch die Hintertür.

4. Die Bundesregierung hält an Umfang und Termin der Volkszählung fest. Eine Verschiebung würde zu Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe führen (u. a. Bausektor). Sie würde die Planungsaufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden aufs schwerste behindern und hätte außerdem zur Folge, daß bereits getätigte Ausgaben zur Vorbereitung der Zählung in einer Größenordnung von fast 100 Mio. DM verschwendet wären.

5. Die bestehenden gesetzlichen Geheim-

haltungsbestimmungen mit den Strafvorschriften über ihre Verletzung garantieren einen optimalen Datenschutz. Befürchtungen in der Bevölkerung vor einem möglichen Mißbrauch der Daten beruhen auf gezielten Desinformationen. Der auf dem „Wohnungs- und Haushaltungsbogen“ einzutragende Name dient ausschließlich als Hilfsmittel bei der Durchführung der Zählung; er wird in keiner Datei gespeichert. Alle zur Identifizierung der Auskunftspflichtigen sowie sonstiger Betroffener dienenden Daten werden gelöscht, wenn die statistischen Aufbereitungen erfolgt sind.

6. Die Bundesregierung hat den Bundesminister des Innern beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen obersten Landesbehörden sicherzustellen,  
— daß die besonders angegriffene Verwendung von Volkszählungsdaten bei den Einwohnermeldeämtern nur dem Zweck dient, Falscheintragungen zu korrigieren;  
— daß die Originalfragebögen zum frühestmöglichen Zeitpunkt vernichtet werden;

— daß ebenso wie bei früheren Volkszählungen in keinem Fall Vollzugsdienststellen Einzelangaben von den statistischen Ämtern erhalten.

7. Die Bundesregierung weist darauf hin, daß die Ergebnisse der Volkszählung der Allgemeinheit und damit letztlich jedem einzelnen zugute kommen. Die Bundesregierung ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Volkszählung 1983 entsprechend ihrer gesetzlichen Verpflichtung mitzuwirken.

Zur Durchführung der Volkszählung 1983 erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt, vor der Bundespressekonferenz:

Die Bundesregierung wird ab sofort die Informationen über die Notwendigkeit der Volkszählung und auch über die Einzelheiten der Durchführung weiter verstärken und bittet auch Länder und Gemeinden, ihrerseits die Informationen zu intensivieren.

Zu den beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Verfassungsbeschwerden wird sich die Bundesregierung innerhalb der vom Gericht vorgesehenen Frist bis zum 25. März 1983 äußern.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Karl Miltnner, erklärt zum Volkszählungs-Brief des Oppositionsführers an Bundeskanzler Helmut Kohl:

Das von Herrn Vogel in seinem Brief beschworene Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Volkszählung 1983 richtet sich — soweit es wirklich besteht — gegen ein von der abgelösten Bundesregierung vorgelegtes und von dem damaligen Bundesjustizminister Vogel noch mitverantwortetes Gesetz. Es muß schon verwundern, daß derselbe Vogel, der als Justizminister in besonderer Weise für die Rechtmäßigkeit der Volkszählung, insbesondere aber für die Rechtsförmlichkeit des Gesetzes, Verantwortung trug, jetzt sechs Wochen vor der Zählung Änderungen des von ihm früher für gut befundenen Gesetzes als notwendig hinstellt, ohne allerdings konkrete Vorschläge hierfür auf den Tisch zu legen.

Der der SPD und ihren Vorstellungen von Datenschutz sehr nahestehende Bundesbeauftragte für Datenschutz, Professor Bull, hat noch Ende Februar erklärt, daß das Volkszählungsgesetz 1983 nach Prüfung durch ihn und seine Kollegen aus

den Bundesländern mit den Bestimmungen des Datenschutzes vereinbar ist.

Ein Antrag Hamburgs, die für den 27. April 1983 vorgesehene Volkszählung um zwei Jahre durch Gesetzesänderung zu verschieben, hat im Bundesrat keine Mehrheit gefunden.

Nach Auffassung Hamburgs sollte der Aufschub dazu dienen, die Bevölkerung über Zweck, Inhalt und Notwendigkeit der Zählungen weiter zu informieren sowie den Gesetzesinhalt und die Gestaltung der Erhebungsbögen zu überprüfen. Die Diskussionen der letzten Monate um Sinn und Zweck des Volkszählungsgesetzes 1983 hätten gezeigt, daß der Informationsbedarf der Bevölkerung in dem bisher vorgesehenen Zeitraum nicht gedeckt werden könne. Zudem müßten Fragen nach möglichen Verbesserungen des Datenschutzes und der Wahrung der statistischen Geheimhaltung sowie nach einer deutlicheren Abgrenzung des Verwendungszwecks der Erhebungsergebnisse beantwortet werden.

Demgegenüber sprach sich der Bundesrat mit großer Mehrheit dafür aus, die Volkszählung zum vorgesehenen Termin durchzuführen. In der Aussprache wurde dazu ausgeführt: Dem Gesetz hätten der Deutsche Bundestag einstimmig und der Bundesrat mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Volkszählung diene der Allgemeinheit und sei unentbehrliche Grundlage für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Planungen und Entscheidungen des Bundes, der Länder und Gemeinden. Ein Mißbrauch von Daten sei auszuschließen. Die Auskunftspflichtigen könnten auf die strikte Einhaltung der bestehenden Geheimhaltungsvorschriften vertrauen.

Im übrigen dürften auch die nachteiligen Folgen einer Verschiebung der Volkszählung wie zum Beispiel erhebliche Fehlinvestitionen auf dem Bausektor und bereits getätigte Ausgaben zur Vorbereitung der Zählung in einer Größenordnung von fast 100 Mio. DM nicht außer acht gelassen werden.

## ■ EXIL-CDU

# Zum wirklichen Frieden gehört auch Deutschland als Ganzes

**Unter diesem Leitgedanken stand der 17. Parteitag der Exil-CDU vom 11. bis 13. März 1983 in Fulda, an dem Bundeskanzler Helmut Kohl ein ermutigendes Grußwort gerichtet hatte.**

In der Eröffnungskundgebung, an der Fuldas Oberbürgermeister Hamberger, Landrat Kramer, der Bundestagsabgeordnete Böhm und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, teilnahmen, sprach der 1. Vorsitzende der Exil-CDU, Baptist Gradl, über „Deutschland als Ganzes gehört dazu...“

Angeichts der weltweiten Spannungen hob er den Anspruch aller Deutschen auf die Einheit besonders hervor. Mit Entschiedenheit betonte er, daß eine Ausbürgerung der Menschen in Mitteldeutschland nicht in Betracht komme. Wenn auch überall Spannung herrsche, dürften die deutschen Interessen aber nicht zaghaft vertreten werden. In einem Grußwort hatte Alfred Dregger vorher unterstrichen, daß die eigene Interessenlage aller Deutschen gesehen werden müsse.

Professor Thalheim behandelte das Thema „Arbeitslosigkeit — nur ein Problem der kapitalistischen Wirtschaft?“ Mit einleuchtenden Beispielen unterstrich er, daß es zwar im kommunistischen Bereich keine direkten Angaben über Arbeitslose gäbe, daß sie aber versteckt und umschrieben zu entdecken seien. Dazu käme noch, daß es dort nur „eingeschränkte freie Berufswahl“ gäbe.

Mit großer Bewegung wurde das Referat „Politische Strafjustiz in der DDR heute“ von Karl Wilhelm Fricke entgegengenom-

men. Er zeigte erschütternde Einzelschicksale auf. Die Prinzipien und Praktiken der Strafjustiz in der DDR seien mit Grundsätzen des Völkerrechts nicht vereinbar.

Der 2. Vorsitzende der Exil-CDU, Dübel, stellte in seinem Vortrag „Deutschlandpolitik aus christlich-demokratischer Verantwortung“ u. a. fest: „Die Exil-CDU ist, solange es in mitteldeutschen Landen keine freien Wahlen gibt, weiterhin aufgefordert, der Bundesregierung, den westdeutschen Politikern und der westdeutschen Öffentlichkeit, darüber hinaus jedoch auch der westlichen Welt gegenüber, Dolmetsch und Vertreter der Interessen der mitteldeutschen Bevölkerung zu sein.“

Den Anwesenden sprach er aus dem Herzen, als er zum Schluß ausführte: „Um Wiedervereinigung zu konzipieren, müssen wir nicht hinter uns sehen, sondern nach vorn. Wir müssen sie anstreben mit heißem Herzen dessen, der weiß, daß das Recht, insbesondere das Völkerrecht auf Selbstbestimmung, auf seiner Seite ist.“ Die lebhafte Diskussion der Vorträge und die Anträge des Parteitages zeigten, daß von Fulda ein Signal ausgehen kann, die Deutschlandpolitik entschieden und unverzagt zum Wohle aller Deutschen zu vertreten.

Wie stets bei ihren Parteitagen, besuchten die Delegierten wieder die Demarkationslinie, und sie ließen sich von Fachkräften eindrucksvoll über die Folgen der Zerreißung Deutschlands für viele Menschen im Gebiet der Rhön unterrichten. Wie klar das Bekenntnis dieser Menschen zum ganzen Deutschland und zu ihrer Heimat ist, wurde lebhaft durch einen Heimatabend in Simmershausen vermittelt.

## ■ RCDS

# Änderungen zur BAFÖG-Novellierung beschlossen

**Auf dem Programm der 35. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bonn am 13. März 1983 standen neben der Wahl des neuen Bundesvorstandes insbesondere die Beratungen von Anträgen zur BAFÖG-Novellierung und zur Friedenssicherung.**

Der 22jährige Aachener Geographiestudent Franz Dormann setzte sich mit knapper Mehrheit gegen Ralph Bierett bei der Wahl zum RCDS-Bundesvorsitzenden durch. Der bisherige Bundesvorsitzende, Johannes Weberling, kandidierte nicht mehr. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählte die Bundesdelegiertenversammlung des RCDS den 24jährigen Jurastudenten Jürgen Clausius aus Gießen zum zweitenmal und neu den 26jährigen Jurastudenten Franz Kriegisch aus München.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten einen Antrag des Bundesvorstandes mit detaillierten Änderungsvorschlägen für die anstehende BAFÖG-Novellierung. Mit diesen Vorschlägen will sich der RCDS für mehr soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung von Startchancengleichheit im Bildungsbereich einsetzen.

Einstimmig verabschiedet wurde ein klares Bekenntnis zum NATO-Doppelbeschluß. In Dringlichkeitsanträgen forderten die Delegierten die Bundesregierung auf, wegen der Unklarheiten bei den Ausführungsgesetzen der Länder die geplante Volkszählung Ende April zu verschie-

ben. Einstimmig verabschiedet wurde ein Antrag auf Unvereinbarkeit mit der Rechtsaußenorganisation „Jugendarbeit '80“ sowie deren Neben- und Nachfolgeorganisationen, insbesondere der Stiftung politische und christliche Jugendbildung i. G. e. V.

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ist auch weiterhin der stärkste deutsche Studentenverband. Diese Feststellung traf der bisherige Bundesvorsitzende der RCDS, Johannes Weberling, bei der Vorstellung einer Übersicht über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen im Wintersemester 1982/83.

Obwohl gerade die Studentenorganisationen der SPD, die Hochschulgruppen der Jungsozialisten, versucht hätten, aus den Wahlen zu den Studentenvertretungen vorgezogene Bundestagswahlen zu machen, habe der RCDS seine Position an fast allen Hochschulen halten können bzw. sogar leicht ausbauen können. Erfreulich sei dabei insbesondere der Gewinn eines zusätzlichen Allgemeinen Studentenausschusses an der Technischen Hochschule Aachen. Auch der Allgemeine Studentenausschuß in Bonn habe von der Koalition demokratischer Studentengruppen gegen den Angriff eines Neovolksfrontbündnisses von den Hochschulgruppen der Jungsozialisten bis zum marxistischen Studentenbund Spartakus der DKP hin verteidigt werden können.

Insgesamt sei die politische Situation in der Studentenschaft der deutschen Hochschulen im wesentlichen unverändert geblieben. Entscheidend für die gegenwärtige mehrheitlich linke Besetzung der Allgemeinen Studentenausschüsse sei das Verhalten der Hochschulgruppen der Jungsozialisten, die lieber mit Kommunisten koalieren würden als mit demokratischen Koalitionspartnern wie dem RCDS, dem SLH oder anderen unabhängigen Gruppen.

# Zusammensetzung der Bundesversammlung nach dem Stand vom 14. März 1983

Bundesland	Mitglieder des Deutschen Bundes- tages	davon:				von den Landtagen zu wählende Mitglieder	davon:				Zusammen- setzung der Bundes- versammlung: Mitglieder	davon:				Bemer- kungen
		CDU	SPD	FDP	Grüne		CDU	SPD	FDP	Grüne		CDU	SPD	FDP	Grüne	
Schleswig- Holstein	21	10	9	1	1	23	12	11	-	-	44	22	20	1	1	* Grüne Alternative Liste
Hamburg	13	5	7	-	1	13	5	7 <sup>+</sup>	-	1**	26	10	14	-	2	
Nieder- sachsen	63	29	26	4	4	64	33	24	3	4	127	62	50	7	8	
Bremen	5	2	3	-	-	6	2	4	-	-	11	4	7	-	-	
Nordrhein- Westfalen	146	65	63	10	8	142	67	75	-	-	288	132	138	10	8	
Hessen	48	21	20	4	3	46	22	21	-	3	94	43	41	4	6	
Rheinland- Pfalz	31	16	12	2	1	32	18	14	-	-	63	34	26	2	1	
Baden- Württemberg	74	39	23	7	5	76	42	25	6	3	150	81	48	13	8	
Bayern	89	53	26	6	4	94	61	33	-	-	183	114	59	6	4	
Saarland	8	4	4	-	-	9	4	5	-	-	17	8	9	-	-	
Bundes- gebiet ohne Berlin (West)	498	244	193	34	27	505	266	219	9	11	1003	510	412	43	38	* Alter- native Liste
Berlin (West)	22	11	9	1	1	15	8	6	-	1*	37	19	15	1	2	
<b>Zusammen</b>	520	255	202	35	28	520	274	225	9	12	1040	529	427	44	40	

Tabelle für die von den Landtagen zu entsendenden Mitglieder, aufgestellt nach dem Stand Wohnbevölkerung vom 1. 10. 1982.

Angaben Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

+ Gleiche Höchstzahlen für den 13. Sitz; 1 Sitz aufgrund fiktiven Losentscheids zwischen SPD und Grüne zugunsten der Grünen.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ZITAT

### Neue Flügelkämpfe

*Kaum beginnt die glanzlose Arbeit in der für die meisten SPD-Abgeordneten noch ungewohnten Oppositionsrolle, da brechen die alten Flügelkämpfe zwischen „Kanalarbeitern“, dem wiederbelebten rechten „Metzger-Kreis“, der „Parlamentarischen Linken“ und der Fraktionsmitte wieder auf. Diese Woche freute sich der sozialdemokratische „Vorwärts“ noch über eine anderwärts selbstverständliche Umgangsform unter Parteifreunden. Man rede wieder intensiver miteinander, schrieb das Traditionsblatt der SPD. Aus dem Miteinander wurde über Nacht wieder ein Übereinander. Eine Mehrheit im derzeitigen Fraktionsvorstand machte Fraktionschef Vogel einen Strich durch seine Personalrechnung.*

*Diesmal ist es aber nicht die Fraktionslinie, die für parteiinterne Unruhe sorgt.*

*Vielmehr sucht der als rechts geltende Flügel die Auseinandersetzung. Der neue Oppositionschef erlebt schneller als erwartet, daß mit dem schönen Wort Integration innerhalb der SPD derzeit nicht viel anzufangen ist. Sein Parteivorsitzender müßte ihm darüber eigentlich ein Lied singen können. Brandts Integrationslinie gegenüber Linken und Angegrünten ist in den Augen vieler SPD-Rechter an der katastrophalen Wahlniederlage nicht unschuldig. Vogel lag auf dieser Linie. Die konservativen Sozialdemokraten präsentieren nun ihre Quittung für diese ihrer Meinung nach falsche Marschrichtung. Die erdrutschartigen Verluste in Nordrhein-Westfalen, Hauptstoßrichtung der CDU im Landeswahljahr 1985, sind für sie Beweis genug. Vogel wurde also schneller als gedacht von der Vorwahlzeit eingeholt. Der Appell des letzten SPD-Bundeskanzlers zur Geschlossenheit wird da nichts bewirken. Auf Helmut Schmidt hört in der SPD schon lange niemand mehr.*

Generalanzeiger, Bonn

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heide Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.  
**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 500).  
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck VVA-Druck, Düsseldorf.

**UId**